



Zusatzprotokoll zur Koalitionsvereinbarung
vom Freitag, den 10. Dezember 1954 in München
Maximilianeum, Saal I

1. Die Bayernpartei erklärt, daß sie nicht daran denkt, einen wilden Bajuwarismus zu betreiben.
2. Die Fraktionen sind sich darüber einig, daß im Rundfunkrat alle Fraktionen des Landtags vertreten sein müssen.
3. Fragen der Bodenreform.
4. Vorschaltgesetz zur Flurbereinigung.
5. Frage der Aufteilung nichtrentierender Staatsgüter.
6. Landesentwicklung bleibt der weiteren Beratung vorbehalten.
7. Aufstellung eines mehrjährigen Planes für den Wiederaufbau staatlicher Hochbauten (Rangfolge).
8. Errichtung eines besonderen Amtes in der Staatskanzlei zur Behandlung von Bundesangelegenheiten.
9. Keine neuen Universitäten (einmütig).
10. Schulreform. Höheres Schulwesen (FDP).
11. Änderung des Schulaufsichtsgesetzes.
12. Förderung der slawischen Sprachen.
13. Sofortige Abänderung des Rundfunkgesetzes.
14. Volksbüchereigesetz.
15. Bindend: Vorläufige Erhaltung der Flüchtlingsämter mit dem Ziele der allmählichen Überleitung in die Ausgleichsverwaltung.
16. Änderung des 12. Bürgerschaftsgesetzes.
17. Überprüfung der Erbteilungsfrage in Bayern.
18. Einrichtung der Regierung von Niederbayern aus zusätzlichen Quellen (Staatsbank).
19. Einschränkung der Dienstreisen.



20. Möglichste Zusammenarbeit im Geiste der Koalitionspolitik auch in den Gemeinderäten, Kreis- und Bezirkstagen.

Für die SPD: h. v. Kuering
" " BP J. Zimmermann

Für den Haupt. Kreis/BHE M. B. Meyer
Für die FDP M. L. L.